

## Stellungnahme der Initiatoren in der Ratssitzung am 20.03.2024

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, sehr geehrte Damen und Herren!

Vielen Dank für die Möglichkeit, hier an dieser Stelle das Wort ergreifen zu dürfen.

Eingangs möchte ich meine Verwunderung darüber zum Ausdruck bringen, dass der Tagesordnungspunkt 5 die Feststellung der **Unzulässigkeit des Bürgerbegehrens** zum Inhalt hat. Nach der Gemeindeordnung hätten wir eine Beschlussfassung über die Zulässigkeit erwartet und anschließend die Abstimmung über die Umsetzung des Bürgerbegehrens oder die Überführung in einen Bürgerentscheid.

Fürs Protokoll möchte ich das nicht unerwähnt lassen: das haben wir so nicht beantragt.

Möglicherweise ein Versehen, oder ein Formfehler – sicher ohne Implikationen

Mit meinem Redebeitrag möchte hier an dieser Stelle die Gelegenheit nutzen einige wenige Punkte noch einmal hervorzuheben, die uns in der Darstellung zu dem von uns eingeleiteten Bürgerbegehren „**Fertigstellung des Schulgeländes Krischerstraße**“ besonders wichtig sind.

Zuerst gesagt:

Nein, Wir sind keine Anti-Flüchtlingsbewegung. Auch wenn die öffentlichen Darstellungen der Stadtverwaltung und der Peto-Mehrheitsfraktion zuweilen wenig Raum lassen, von etwas anderem auszugehen.

Unser Bürgerbegehren richtet sich nicht – und dass kann ich hier nur noch einmal in aller Deutlichkeit hervorheben: NICHT gegen die Unterbringung geflüchteter Menschen.

Das Bürgerbegehren stellt auch keineswegs das Konzept der Stadtverwaltung zur dezentralen Unterbringung geflüchteter Menschen in Frage. Ganz im Gegenteil.

Dies haben wir von Beginn an in aller Deutlichkeit so kommuniziert.

Was uns antreibt hat vielmehr mit Entscheidungen zu tun, die die Bedürfnisse unserer Kinder und Schulen betreffen und deren Notwendigkeit und Unabwendbarkeit wir nicht nachvollziehen können.

Wir können nicht verstehen, wieso für die Unterbringung geflüchteter Menschen alternativlos ein erheblicher Anteil eines Schulgeländes **unbefristet also dauerhaft zweckentfremdet** werden muss.

Und dass sei hier noch einmal entscheidend angemerkt: Sehr verehrte Damen und Herren. Ich glaube nicht, dass wir heute hier stehen würden, wenn Sie damals dem Antrag der Grünen folgend, die Zweckentfremdung des Schulgeländes mit der

Umwandlung der Container in Wohnraum zur Unterbringung Geflüchteter Menschen auf die vorgeschlagenen drei Jahre befristet hätten. Das wäre eine gangbare Interimslösung für alle Beteiligten gewesen.

Wir verstehen auch nicht auf welcher Grundlage Alternativstandorte als ungeeignet beurteilt wurden. Ferner ist uns, sowie den politischen Akteuren außerhalb der Mehrheitsfraktion überhaupt nicht bekannt, welche Grundstücke welches Prüfungsverfahren wie durchlaufen haben und weswegen man sie als ungeeignet erachtet.

Wir verstehen ebenso wenig, wieso regelmäßig Millionenbeträge in die Finanzierung etwaiger streitbarer Bau-, Kunst- und Kulturprojekte investiert werden, wohingegen die Freimachung des Schulgeländes zu teuer sein soll.

Wir verstehen hingegen die Unterbringung geflüchteter Menschen in unserer Mitte als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe und können nicht nachvollziehen, wieso in unserer Stadt diese Aufgabe auf dem Rücken von gut 600 **GRUNDSCHULKINDERN** ausgetragen werden muss.

Mich persönlich irritiert in höchstem Maße der Umgangston, der uns im Diskurs um das Bürgerbegehren entgegengeschlagen ist.

Die Fülle an Maßnahmen mit der die Stadtverwaltung und die Mehrheitsfraktion Stimmung gegen ein basisdemokratisches Verfahren gemacht haben ist besorgniserregend: Von der Diffamierung der Initiative als anti-Flüchtlingsbewegung, über die Unterstellung unchristlichen Handelns, die Erteilung von fragwürdigen Platzverweisen für Unterschriftensammler, bis hin zur Aufstellung falscher Tatsachenbehauptungen hier im Stadtrat scheint tatsächlich jedes Mittel recht das Bürgerbegehren zu diskreditieren.

Mich erschreckt das politische Klima, in dem wir uns mittlerweile bewegen.

Wir sind keine professionellen Akteure auf dem politischen Spielfeld die es mit allen Mitteln zu bekämpfen gilt.

Wir sind Bürgerinnen und Bürger dieser Stadt, die mit einem basisdemokratischen Instrument versuchen, einen Konflikt zu lösen, bei dem die Bedürfnisse von Grundschulkindern und geflüchteten Menschen als unvereinbar gegeneinander ausgespielt werden.

Nicht weniger als 3700 Mitbürgerinnen und Mitbürger teilen diese Auffassung und haben uns innerhalb von nur vier Wochen mit Ihrer Signatur auf unseren Unterschriftenlisten ihre Unterstützung zu Teil werden lassen. Und der Zuspruch aus der Gesellschaft ist weiterhin ungebrochen.

Damit machen wir deutlich: der Wille innerhalb der Bürgerschaft zur Umsetzung des Bürgerbegehrens und auch zu Durchführung eines Bürgerentscheids ist gegeben.

Einschätzungen über eine mögliche juristische Unzulässigkeit unseres Anliegens stellen bisweilen Rechtsauffassungen einzelner Personen dar. Insbesondere die Unterstellung einer Verfristung des Bürgerbegehrens aufgrund eines Formfehlers im Antrag auf Vorprüfung ist in keinsten Weise eindeutig geklärt

Vor diesem Hintergrund entscheidet allein der Stadtrat über die Zulässigkeit unseres Bürgerbegehrens. Und wenn es die Umstände erfordern möglicherweise auch ein Gericht.

Soweit muss es allerdings nicht kommen.

Es braucht jetzt Ihrerseits – sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrte Stadträte und Stadträtinnen - den Mut und den politischen Willen die Zulässigkeit des Bürgerbegehrens zu beschließen, und sich dem Wunsch der Bürgerinnen und Bürger nach einer Umsetzung des Bürgerbegehrens oder der Einleitung einer basisdemokratischen Abstimmung im Sinne eines Bürgerentscheides zu stellen.

Lassen Sie doch die Bürgerinnen und Bürger in einer demokratischen Abstimmung darüber entscheiden welcher Weg hier der richtige ist.

Ich bedanke mich noch einmal ausdrücklich bei allen Unterstützerinnen und Unterstützern des Bürgerbegehrens für den ungebrochenen Zuspruch, und dafür, dass sie uns trotz des teilweise von der eigentlichen Sache erheblich entrückten Diskurses nicht von der Seite weichen. Ebenso richten wir einen besonderen Dank an die Parteien der CDU SPD FDP und Grünen für ihre Zahlreichen Hilfestellungen und die stete politische und moralische Unterstützung

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!